SkB Droste erläuterte den Antrag seiner Fraktion und der Kreistagsgruppe FUW/ Piraten. Dabei verwies er auf den von VA'e Lindemann gehaltenen Vortrag in der letzten Ausschusssitzung, in der sie auf das Thema „sexualisierte Gewalt gegen Frauen“ zu sprechen gekommen sei. Seine Fraktion und die vorgenannte Kreistagsgruppe stelle sich die Frage, wie das Thema erweitert werden könne, bspw. um den Personenkreis der Männer oder LSBTIQs (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter* & Queers; engl.: LGBTIQ = Lesbians, Gays, Bisexuals, Transgender, Intersex & Queers). Ebenso wüssten die Antragsteller gerne, wie der östliche Rhein-Sieg-Kreis bei dem Thema ausgestattet sei.

Abg. Eichner wies darauf hin, dass – wie in der Vorlage erwähnt - die Geschäftsführerin des Vereins „Frauen gegen sexualisierte Gewalt e.V.“, Frau Conny Schulte, in der Ausschusssitzung am 28.01.2019 die Arbeit der Beratungsstelle des Vereins vorgestellt und in diesem Zusammenhang ihre Unterstützung für den gesamten Rhein-Sieg-Kreis angeboten habe. Somit habe auch der östliche Rhein-Sieg-Kreis bei Bedarf die Möglichkeit sich an diese Beratungsstelle zu wenden.

Des Weiteren nahm er Bezug auf den in der Vorlage gemachten Vorschlag, der Rhein-Sieg-Kreis solle Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen zur Beratung in den Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Integration zur Beratung einladen, die sich gegen sexualisierte Gewalt engagieren. Er gab zu bedenken, dass die Verwaltung zunächst wissen müsse, ob es überhaupt konkrete Vertreter für diesen Bereich gebe; und wenn ja, welche, damit man diese auch tatsächlich einladen könne.

Darüber hinaus kritisierte Abg. Eichner, dass der Antrag laute, mit Vertretern sei zu erörtern, „wie eine Beratungsstelle im östlichen Bereich eingerichtet werden könnte“. Statt direkt auf das „wie“ abzustellen, müsse geklärt werden, „ob“ überhaupt eine Beratungsstelle speziell für den östlichen Rhein-Sieg-Kreis eingerichtet werden müsse, zumal hiermit ein erheblicher finanzieller Aufwand verbunden sei.

Ferner bat Abg. Eichner genauer zu erläutern, weshalb sich der Antrag lediglich auf den östlichen Rhein-Sieg-Kreis beschränke und andere Regionen außen vor lasse. In diesem Zuge warnte er vor der Gefahr einer Stigmatisierung und einem falschen Bild dieses Kreisgebietes.

Abg. Deussen-Dopstadt betonte, es sei Aufgabe der Fraktionen, sich als politische Vertretung im Kreistag sachkundig zu machen, falls es konkrete Hinweise gebe, dass im östlichen Rhein-Sieg-Kreis kein Angebot für von Gewalt betroffene Frauen vorliege. Daher unterstütze sie den ersten Teil des Antrages, Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen einzuladen, die sich gegen sexualisierte Gewalt einsetzen. Hinsichtlich des zweiten Teils schlug sie im Namen ihrer Fraktion vor, diesen nicht in einem Beschluss zu implizieren, da man in der heutigen Sitzung zu keinem Ergebnis kommen könne. Eine Entscheidung über die Einrichtung einer Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt im östlichen Rhein-Sieg-Kreis könne erst getroffen werden, wenn genauere, nachweisbare Informationen über die Notwendigkeit einer solchen Stelle vorliegen.

SkB Droste schloss sich den Ausführungen seiner Vorrednerin an und stimmte Abg. Eichner dahingehend zu, dass die Formulierung falsch gewählt und mit dem Antrag die Klärung intendiert sei, „ob“ eine derartige Beratungsstelle eingerichtet werden könne. Eine Stigmatisierung wegen der Beschränkung auf den östlichen Bereich sei keinesfalls beabsichtigt gewesen.

In der Sache führte er weiter aus, dass zwar Recherchen bereits stattgefunden, aber zu keinem Ergebnis geführt hätten. Daher wolle man über die Verwaltung Experten einladen, um Aufschluss darüber zu bekommen, ob zusätzlicher Bedarf bestehe.

Abg. Schmitz unterstützte die Einschätzung, dass der Ausschuss derzeit noch nicht in der Lage sei, über den gesamten Antrag zu entscheiden, da die notwendigen Grundinformationen fehlen. Ferner drückte er ebenfalls seine Verwunderung über die Begrenzung auf den östlichen Teil des Rhein-Sieg-Kreises aus und erklärte, dass dies im Antrag nicht ausreichend begründet worden sei. Gleichwohl erklärte er im Namen seiner Fraktion seine Bereitschaft hier bei Bedarf aktiv zu werden.

Abg. Eichner hob hervor, dass er kein Problem darin sehe, Experten in den Ausschuss einzuladen. Es sei jedoch wichtig zu wissen, wer zu dieser Thematik Hilfestellung geben könne bzw. wer für den Bereich der sexualisierten Gewalt zuständig sei. Des Weiteren sei hinsichtlich des regionalen Aspekts zu überlegen, wo eine derartige Beratungsstelle benötigt werde. Dabei werde z.B. auch die Frage relevant, ob der Standort Bonn als Versorgungsstelle für den gesamten Rhein-Sieg-Kreis ausreiche oder man im Kreis selbst eine oder mehrere Stellen einrichten müsse.

VA'e Lindemann wies die Ausschussmitglieder in diesem Zusammenhang nochmals darauf hin, dass es neben der Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt in Bonn zwar eine Vielzahl von Stellen in der Region gebe, die zu dem Thema „sexualisierte Gewalt“ beraten, zu denen u. a. die Frauenberatungsstellen, der Kinderschutzbund, die Jugendämter, die Jugendhilfezentren und für Männer Pro Familia gehören würden; allerdings stelle das Thema „sexualisierte Gewalt“ lediglich einen von vielen Punkten der häuslichen Gewalt dar, weshalb es schwierig sei, diese Form speziell herauszufiltern und hierzu Vertreter zu finden. Auch sei es schwer, hierzu Statistiken zu finden, die genaue Zahlen liefern können.

SkB Droste verwies hierzu nochmals auf die in der letzten Ausschusssitzung geführte Diskussion, in der es darum gegangen sei, den Blickwinkel zum Thema „häusliche Gewalt“ auf andere Personenkreise, wie z.B. Männer zu erweitern. Daher umfasse die Vorlage nun weitere Personenkreise.

Hierauf bezogen informierte VA'e Lindemann die Ausschussmitglieder darüber, dass –wie zu TOP 4 beschlossen- in der nächsten Sitzung ein Vortrag der Landesfachstelle Männerarbeit Sachsen Bestandteil sein werde und hierbei auch das Thema „sexualisierte Gewalt bei Männern“ zur Sprache käme.

Abg. Frohnhöfer stimmte dem Antrag grundsätzlich zu. Auch sie bekräftigte, ihr lägen keine Erkenntnisse vor, dass das Angebot der Beratungsstelle in Bonn, die sich in der Ausschusssitzung am 28.01.2019 vorgestellt habe, nicht ausreiche. Sollte dies so zutreffen, könne sie sich das lediglich mit der räumlichen Entfernung erklären.

VA'e Lindemann stellte zu der Vorstellung am 28.01.2019 nochmals klar, dass die Präsentation der Bonner Beratungsstelle im Kontext mit dem Projekt Luisa stattgefunden habe. Insgesamt hätten drei Beratungsstellen ihre Präventionsprogramme zur sexualisierten Gewalt vorgestellt, worunter Bonn nur eine davon gewesen sei.

Mit Zustimmung der Antragsteller ließ die stv. Vorsitzende Mazur-Flöer lediglich über den ersten Teil des Antrags in der sich aus der Diskussion ergebenden Formulierung abstimmen. Sodann fasste der Ausschuss folgenden Beschluss: